

<p><b>Workshop Arbeitsgruppe 4: Wie viel Wald wollen wir?</b></p>
---

**Inputreferat von Bruno Schmid (Entlebuch, LU)**

**Workshop zur Zunahme der Waldfläche im Schweizerischen Berggebiet  
10. Juni 2004 in Birmensdorf**

**Wie viel Wald wollen wir?**

Im neunzehnten und anfangs des zwanzigsten Jahrhunderts wurden die Wälder im oberen Entlebuch, wie auch anderenorts, regelrecht ausgebeutet.

Die Glasöfen der ansässigen Glasindustrie, die Stahlföfen und die Herstellung von Milchzucker verbrauchten Unmengen von Brennholz. Die Wälder wurden abgeholzt und statt wieder aufgeforstet wurden sie für die Beweidung zugänglich gemacht. Als Folge entstanden Hochwasser, die sehr grosse Schäden an Gebäuden, Strassen und Kulturland verursacht haben. Die lukrativen Industrien sahen sich gezwungen, die Talschaften zu verlassen. Damit erwachte bei den Behörden und der betroffenen Bergbevölkerung das Verständnis für die Erhaltung und Schaffung von Schutzwäldern. Diese unkontrollierte Waldnutzung in den Schutzwäldern führe zur ersten Gesetzgebung zum Schutz der Bergwälder. Mittlerweile sind wir im einundzwanzigsten Jahrhundert und müssen feststellen, dass

- ✓ durch die Gesetzgebung in den Bergtälern ausreichend Wälder für den Schutz der dort lebenden Bevölkerung geschaffen werden konnte (Erfolgsgeschichte).
- ✓ die Holznutzung in den Schutzwäldern über Jahrzehnte vernachlässigt wurde.
- ✓ die Vorräte in den Schutzwäldern ein zerstörerisches Ausmass angenommen haben.
- ✓ die Überalterung (nahe an der natürlichen Zerfallsphase) die Anfälligkeit für Windwurf und Schädlingsbefall enorm steigert
- ✓ die geschädigten Wälder, die Kahlflächen und die dürren Bäume bei den Touristen eher Depressionen als das Gefühl der Erholung in einer intakten Alpenwelt auslöst.
- ✓ die Waldbesitzer fachlich und finanziell mit der momentanen Situation überfordert sind.
- ✓ heute die Ausdehnung der Waldfläche durch die unsichere Agrarpolitik fast unkontrolliert zunimmt.
- ✓ die starre Waldgesetzgebung nach dem alten Modell der Walderhaltung den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden muss.

Die Befürchtungen, dass der Wald an Stelle des erwarteten Schutzes bei Hochwasser zum Problem werden kann, mehren sich. Die Waldbesitzer sind nicht in der Lage die Mittel für die nötigste Pflege aufzubringen. Der damals geschaffene Wald hat zur Beruhigung des Wasserhaushaltes beigetragen. Zu lange aber wurde die Pflege der Schutzwälder vernachlässigt. Heute werden die Konsequenzen durch die Zunahme von Windwürfen und die sprunghafte Ausbreitung vom Borkenkäfer sichtbar.

Die Natur lässt die Waldfläche weiter anwachsen. Die Frage ist: „In wie weit will die öffentliche Hand der Natur ihren freien Lauf lassen?“ Diese Frage stellt sich aber nicht zum Thema Wald und Waldnutzung sondern im Bekenntnis zur Erhaltung der Land- und Alpwirtschaft. Die neue

Regionalpolitik des Bundes will hier erste Weichen stellen, indem Innovationen in den Regionen gefördert werden sollen. Somit liegt in den meisten Bergtälern die Herausforderung beim Tourismus, zusammen mit der Landwirtschaft (oder umgekehrt) in der Region auf innovative Art Einkommen zu erwirtschaften und Arbeitsplätze zu erhalten. Zumindest wird sich dann der Wald vorübergehend zurückhalten.

### **Inputreferat von Erwin Ritz (Blitzingen, VS)**

Nicht schriftliche vorhanden.

<b>Workshop Protokoll Arbeitsgruppe 4: Wie viel Wald wollen wir?</b>
--

<u>Moderatorin:</u>	Anna Roschewitz (WSL, Abt. Ökonomie)
<u>Inputreferenten:</u>	Bruno Schmid (UNESCO Biosphäre Entlebuch) Erwin Ritz (Gemeindevizepräsident Blitzingen)
<u>Protokoll:</u>	Tiana Moser (WSL, Abt. Ökonomie) Philipp Meier (WSL, Abt. Ökonomie)
<u>Podiumsgast:</u>	Daniele Ryser (Regionalsekretär Regione Malcantone)
<u>Teilnehmer:</u>	Markus Bolliger (BUWAL, Eidg. Forstdirektion) Marcel Hunziker (abwesend) Peter Marty (abwesend) Michael Schenk (Kt. Bern, Waldabteilung 4 Emmental) Cla Semadeni (Kt. Graubünden: Amt für Raumplanung) Josef Wüest (Schweizerischer Bauernverband) Bruno Rösli (Kt. Luzern, Forstdirektion Kreisforstamt 3)

<b>Inputreferate</b>
----------------------

Bruno Schmid  
Erwin Ritz

(Siehe Workshopunterlagen)

<b>Diskussion</b>
-------------------

M. Bolliger: Es stellt sich die Frage, wo das Problem liegt? Das Hauptproblem ist meist nicht die Grösse der Waldfläche, sondern die Qualität ist entscheidend. Auch

Waldflächen, die z.B. vom Borkenkäfer zum Absterben gebracht wurden, gehören zwar immer noch zur Waldfläche, aber ihre Funktion wird dadurch verändert.

- E. Ritz: Das Problem ist, dass nicht genügend Geld für Schutzwälder zur Verfügung steht.
- M. Bolliger: Das ist aber erstaunlich, denn die Schutzwälder stellen einen Förderschwerpunkt des Bundes dar.
- B. Rööfli: Kein Geld ist wohl ein wenig übertrieben.
- B. Schmid: Die Bergbevölkerung will Schutzwälder, irgendwo sind jedoch die Grenzen der Wirtschaftlichkeit der Waldfläche aufgezeigt (Finanzierung, Know-how, Unfallgefahr, in der Regel kleine Grundstücke verteilt auf viele Waldeigentümer usw. Rhetorik nicht Waldschäden – ungenutzter Wald kann früher oder später anfälliger für Waldschäden werden.
- M. Bolliger: Es geht also offenbar nicht nur um die Fläche sondern auch um die Qualität. Aber ist nicht beides relevant? (?)
- B. Schmid: Mehr Wald steigert auch die Probleme. Eigentlich gibt es bereits genügend Probleme z.B. mit dem Borkenkäfer.
- C. Semadeni: Es ist doch erstaunlich, beide sagten in ihren Referaten dasselbe. Für beide stellt sich die quantitative Frage: Wir wollen nicht soviel Wald wie entsteht. Und es stellt sich auch die qualitative Frage: Wir wollen die Waldfläche bestimmen und gestalten. Es wird eine bestimmende Mitwirkung gefordert im Bezug auf: den richtigen Ort, die Funktionsfähigkeit etc. Dies soll dem entsprechen, was wir uns leisten können und dies auch bezüglich der Begrenzung der Ausdehnung. Es stellt sich wirklich die Frage: Was wollen wir?
- M. Schenk: Es ist gar nicht so zentral, wie viel Wald wir ertragen, sondern was wir uns leisten können. Denn die Kulturlanderhaltung ist zu teuer, daher können wir diese nicht erhalten. Die Aufgabe liegt ganz klar bei der Landwirtschaftspolitik.
- J. Wüest: Die Agrarpolitik muss in die Regionalpolitik eingebettet werden. Das Beispiel von Albinen (bei Leukerbad) zeigt dies. Bei der Touristenführung durch das Dorf sagte die Führerin: „Wir müssen die Waldausdehnung stoppen.“ Diese stelle ein Problem für den Tourismus dar. Die Spanier, Engländer und Amerikaner, welche in die Gegend kommen, wollen Weiden mit Kühen sehen, resp. wollen die Berglandwirtschaft. Dies stellt den Link zur Regionalpolitik dar. Diese sollte sich nicht nur auf die Landwirtschaft stützen sondern auch den Tourismus fördern. Die bestehende Waldfläche sollte möglichst kostengünstig bewirtschaftet werden. Es gibt genug Wald. Es sollte jenen Leuten geholfen werden, welche die Waldausdehnung stoppen wollen. Dabei soll aber nicht einfach Geld von oben gesprochen werden, sondern die Bevölkerung der Regionen und ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden. Die Ökoqualitätsverordnung stellt einen guten Ansatz dar.

- C. Semadeni: Wollen Sie die Landwirtschaftspolitik verändern oder die Regionalpolitik fördern?  
Das sind zwei verschiedene Geschichten.
- J. Wüest: Mit der Landwirtschaftspolitik haben wir viel geübt. Wir wollen mehr Markt und mehr Ökologie (Bestandteile der Agrarpolitik 2002/2007). Wir wollen eine produzierende Landwirtschaft mit mehr Markt und keine Massenproduktion. Es sollte mehr Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen werden, die zahlreichen Vorschriften überfordern die Bauern beinahe. Das Beispiel Albinen zeigt, dass die öffentliche Infrastruktur (Kindergärten, Geschäfte etc.) in den Gemeinden erhalten werden sollte, denn sonst ist alles verloren.
- B. Rööfli: Heute ist man der Meinung, dass es genug Wald in der Schweiz gibt. Wenn wir die Landwirtschaftspolitik betrachten, fliesst wahnsinnig viel Geld und trotzdem werden Flächen aufgegeben. Diese Gelder wären sicherlich besser, effizienter einsetzbar. Die Landwirtschaftspolitik ist heute eine Mischung und beinhaltet auch Sozial- und Strukturpolitik. Diese Bereiche sollten klar getrennt werden. Die Auseinandersetzung sollte funktionsbezogen sein. Die Ästhetik ist eine andere Frage.
- D. Ryser: Wir kennen das Problem der Waldausdehnung im Malcantone bereits seit dreissig Jahren. Im Malcantone wurden Massnahmen gegen die Waldausdehnung ergriffen. Diese bestanden in der Bewirtschaftung des Waldes und in der Gründung eines Forstbetriebes, sowie der Einführung von Ökobeiträgen. Es wurde eine Bevölkerungsumfrage gemacht, um zu ergründen, was die Bevölkerung eigentlich will (Landwirtschaft und Tourismus) und welche Beiträge die Bauern bräuchten, um gewisse Flächen noch zu bewirtschaften. Das hat alles gut funktioniert bis auf die Projektebene, dann wurde es schwierig, alle an einen Tisch zu zwingen. Wenn einer Nein sagte, brach alles zusammen. Die Koordination erwies sich als sehr schwierig.
- B. Schmid: Um die Waldrückbildung möglich zu machen, braucht es eine Waldgesetzänderung.
- D. Ryser: Es braucht keine Änderung, es ist bereits jetzt möglich.  
(Lacher)
- B. Rööfli: Vielleicht in einigen Kantonen.
- A. Roschewitz: Bis jetzt ist die Diskussion hauptsächlich mit Blick auf die ländliche Bevölkerung geführt worden. Gemäss einer Studie „Bewertung von Landschaftsveränderungen im Schweizer Mittelland aus Sicht der Bevölkerung“ beurteilt die ländliche Bevölkerung im Kanton Zürich eine Waldausdehnung im Mittelland negativ und dies im Gegensatz zur Stadt- und Agglomerationsbevölkerung. Diese ist bezüglich der Waldausdehnung indifferent. Diese unterschiedliche Wahrnehmung der Waldausdehnung könnte zu möglichen

Spannungsfeldern bei der Finanzierung von Massnahmen gegen die Waldausdehnung führen. Die Stadtbevölkerung müsste Massnahmen gegen die Waldausdehnung finanzieren, obwohl sie die Waldausdehnung gar nicht als Problem erachtet.

- C. Semadeni: Es braucht mehr Freiräume, so dass individuell gehandelt werden kann. Generell würde es genügen, die vorhandenen Gesetze flexibler anzuwenden/auszulegen. Dann würde unter Umständen auch ohne Subventionen gerodet werden. Die Eigenständigkeit ist sehr zentral.
- J. Wüest: Die Eigenständigkeit ist wirklich sehr wichtig. Es braucht mehr Spielraum für Bauern. Privatbesitzer müssen selbst überlegen und reagieren. Ein Beispiel hierzu ist die Waldentwicklung in Nepal. Ein Projekt an der UNI Zürich (Irchel) untersucht den prognostizierten Waldschwund mit dem tatsächlich vorhandenen Wald. Ein Ergebnis dieses Projektes sei, dass mehr Verantwortung und Kompetenz der Eigentümer dazu beitrug, die Waldfläche halten zu können. Im Waldprogramm Schweiz wird dies angestrebt, was als positiv zu bewerten ist.
- A. Roschewitz: Heisst das also, dass es weniger finanzielle Anreize, weniger Subventionen braucht?
- J. Wüest: Grundsätzlich ja, allerdings braucht es oft am Anfang Anreize und später könnten Subventionen evt. reduziert werden. (Beispiel – Bitte um Ergänzung) Durch die Agrarpolitik 2002/2007 wurden/werden die Bauern innovativer: Events, Hochzeiten auf dem Bauernhof, Kultur beim Bauern etc. Dadurch können neue Einkommensquellen erschlossen werden. Im Bereich Wald besteht aber diesbezüglich noch Nachholbedarf.
- M. Bolliger: Mit dem Entlastungsprogramm des Bundes steht weniger Geld für Wald zur Verfügung.
- J. Wüest: Es braucht mehr Handlungsspielraum für die Bauern.
- M. Bolliger: Forstbetriebe kann man nicht direkt mit Landwirtschaftsbetrieben (Landwirtschaft) vergleichen.
- J. Wüest: Nein, aber tendenziell.
- B. Schmid: Frage an A. Roschewitz: Ist es so, dass Städter indifferent gegenüber der Waldzunahme sind? (Frage bezieht sich auf Forschungsergebnisse von K. Gehrig, die Peter Bebi in seinem Referat präsentiert hat.)
- A. Roschewitz: Möglicherweise empfinden Touristen die Waldzunahme als kein Problem.
- M. Schenk: Wissen die Befragten in der Studie Bescheid über die negativen Auswirkungen der Waldausdehnung?

- A. Roschewitz: Kennt die Studie von K. Gehrig (WSL) nicht im Detail.  
Bei unserer eigenen Forschungsarbeit hat sich aber gezeigt, dass die ländliche Bevölkerung einer Waldzunahme ablehnend gegenüber steht, während die Stadt-/Agglomerationsbevölkerung indifferent ist .
- D. Ryser: In einem Forschungsprojekt der Universität Lugano wurde untersucht, wie hoch die Zahlungsbereitschaft der Städter (Gross-Lugano) für Pflegemassnahmen des Waldes ist. Die Untersuchung war quantitativ, also in Franken pro Jahr. Die Antworten waren positiv. Die städtische Bevölkerung ist bereit, einen ziemlich hohen Betrag zu bezahlen. Der Gemeinderat (Grosslugano) macht bei der Landschaftspflege in den Bergregionen mit. Lugano ist bereit, etwas zu unternehmen.
- E. Ritz: Um den Wald zurückzuhalten, muss die Beweidung des Waldes möglich sein. Kanton, Gemeinde und Bauern müssen über die Bücher, denn es braucht mehr Freiraum.
- B. Rööfli: Warum ist uns die Kulturlandschaft so wichtig, wenn dort niemand mehr wohnt? Wichtig für wen? Für was?
- M. Bolliger: Die Landschaft ist das Abbild der Art und Weise, wie der Mensch wirtschaftet. Die Waldzunahme ist eine Folge des Rückgangs der Beschäftigten im Sektor I. Die Waldzunahme ist keine Katastrophe, auch nicht ökologisch. Die Frage ist vielmehr wie viel Wald wir wo wollen. Es ist eine Frage der gewünschten Kulturlandschaft. Die Erhaltung der Kulturlandschaft ist möglich, falls daran ein öffentliches Interesse besteht. Das öffentliche Interesse wird je nach Region verschieden gross oder gar nicht vorhanden sein. Manche Täler werden eben verwalden. Die Struktur- und Regionalpolitik kann die Entwicklung in eine gewünschte Richtung steuern. Eine „künstliche“ Steuerung ist kostspielig und nur dann sinnvoll, wenn das öffentliche Interesse gross genug ist.
- B. Schmid: Zuvor war die Rede von mehr Freiräumen. Wenn es aber einen so harten Waldbegriff wie heute gibt, ist dies schwierig. Wächst der Wald immer weiter, verschwindet das Leben aus der Region. Eine Möglichkeit ist die Ausweitung der Wytweiden oder Waldweiden. Die öffentliche Hand kann den Wald nicht überall zurückhalten und das ist auch gut so. Das ist der Wandel der Gesellschaft.
- C. Semadeni: Das öffentliche Interesse muss aufgenommen werden. Besteht ein öffentliches Interesse, das ursprüngliche Waldgesetz aufrechtzuerhalten? Ein Interesse an mehr Freiräumen? Der Landwirtschaft müssen neue Möglichkeiten gegeben werden, Beispiel ländlicher Tourismus. Ist es im öffentlichen Interesse, dass Gebiete weiterbewirtschaftet werden, die sonst aufgegeben würden?

Diskussion sollte differenziert betrachtet werden, nämlich räumlich, gesellschaftspolitisch und naturwissenschaftlich. Es braucht eine gesellschaftliche Diskussion.

Das jetzige Waldgesetz entspricht nicht mehr der Verfassung, da es nicht einer nachhaltigen Entwicklung entspricht. Wir wollen nur so viel Wald wie wir wollen.

- B. Rööslì: Dann wäre im Mittelland aber kein Wald. Der Druck auf den Wald ist zu hoch.
- M. Bolliger: Im Mittelland muss man hart bleiben, der Druck auf die Wälder ist an vielen Orten sehr gross.
- C. Semadeni: Eine These: Das Waldgesetz sollte aufgehoben und das Thema der Raumplanung zugeordnet werden, welche dann Sachpläne mit Einbezug einer öffentlichen Diskussion festlegen sollte.
- B. Rööslì Die Instrumente des Waldgesetzes haben bewiesen, dass die Waldfläche erfolgreich erhalten wird. Die Bilanz nach 30 Jahren Raumplanungsgesetz ist ernüchternd. Die Bodennutzung ist nicht nachhaltig und infolge Interessenverflechtungen oftmals unkoordiniert.
- B. Schmid: Wieso haben wir nicht ein Waldgesetz, welches räumlich differenziert?
- M. Bolliger: Das Waldprogramm ist ein erster Schritt in diese Richtung, es will mehr differenzieren als die bisherige Waldpolitik. Beispiel. Rodungen: Im Mittelland streng bleiben, sonst verlieren wir ökologisch und landschaftlich wertvolle Wälder und Waldreste. In Gebieten mit hohem Waldanteil und starker Ausbreitung des Waldes dagegen flexibler werden. Wir wollen nicht Verhältnisse wie in einzelnen Mittelmeerländern, Beispiel Griechenland: Nach Abbrennen des Waldes darf gebaut werden, weil das Areal jetzt nicht mehr als Wald gilt!
- C. Semadeni: Es besteht doch ein Konsens. Niemand will den Wald reduzieren.
- B. Schmid: Natürliche Waldgesellschaften vor allem in den Voralpen.
- A. Roschewitz: Bis jetzt haben wir vor allem das Rodungsverbot diskutiert. Interessant wäre es auch, das freie Betretungsrecht zu thematisieren.
- J. Wüest: Das freie Betretungsrecht sollte man aufrechterhalten. Für spezielle Aktivitäten im Wald wie Reiten oder Baden usw. könnte z.B. pro Jahr eine kleine Taxe erhoben werden. Aber das generelle freie Betretungsrecht sollte erhalten bleiben, nicht zuletzt zur Erhaltung der Sympathie der Bevölkerung. Ansonsten könnte sich dies in den Abstimmungen widerspiegeln.
- B. Rööslì: Grundsätzlich hängt dies vom ortsüblichen Rahmen ab. Bei Veranstaltungen beständen etwa Handlungsmöglichkeiten und auch -bedarf.

**Workshop: Waldausdehnung im Schweizer Alpenraum:  
Ursachen, Folgen, Massnahmen**  
Workshop im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes 48  
„Landschaften und Lebensräume der Alpen“  
**10. Juni 2004, Birmensdorf**

- D. Ryser: Ein Beispiel sind die Kastanienhaine: Diese bleiben als Wald definiert. Der Bauer bekommt pro Baum Beiträge. Dies wird vertraglich geregelt und vom Forstdienst kontrolliert. (?) Dieses System funktioniert mehr oder weniger.
- B. Schmid: Eine Tendenz in diese Richtung ist das Wanderweggesetz. Es könnten demnach Wanderwegpässe verkauft werden, welche dann zur Erhaltung der Wanderwege eingesetzt würden.  
Allerdings stellt sich beim Waldeintritt die Haftungsfrage.  
Ein Beispiel ist der Hochmoorschutz: Niemand darf ein solches betreten. Eine totale Einzäunung ist jedoch unmöglich, denn sonst wären ja überall Zäune in Landschaft. Das freie Zutrittsrecht ist auch tourismusrelevant.
- J. Wüest: Bei Eintritt müsste man die Haftung ausschliessen, damit keine Haftungsansprüche kommen. Das ist möglich.
- B. Schmid: Bei Menschen, die nicht auf den Wegen gehen, ist aber die Haftungsfrage nicht gelöst.
- C. Semadeni: Den Reservatsgedanken muss sehr gut durchdacht sein. Bisher gibt es noch kein überzeugendes Modell.
- M. Bolliger: Ich schlage ein „Highlight“ vor. Die Frage ist nicht, wie viel Wald wir wollen. Sondern: **Wo** wollen wir nicht mehr Wald? Die Politik muss diese Frage lösen. Dabei sollen Kriterien gelten, die dem öffentlichen Interesse dienen.
- C. Semadeni: Ich finde das durchdachte, in sich geschlossene Konzept des Workshops gut. Wir sollten deshalb die Frage nicht verändern.
- A. Roschewitz: Die beiden Fragen sind aus meiner Sicht kein Widerspruch. Die übergeordnete Frage lautet: Ist eine regionale Differenzierung mit unterschiedlicher Steuerung gefragt? Dabei sollte dann möglicherweise eine Fokussierung auf die Elemente Qualität, Fläche, Region erfolgen.
- M. Schmid: Wo wollen wir mehr Wald? Wie viel zusätzlichen Wald wollen wir akzeptieren? Ich finde die Frage interessant. Dies sollte planerisch nicht genau festgelegt werden.
- C. Semadeni: Die Gesellschaft sollte das definieren. Das Wo, Was, Wie sollte auch dynamisch angegangen werden.
- M. Bolliger: Da stellt sich aber wieder die Frage, wie wir planen. Wo soll die Regional- und Strukturpolitik greifen?
- J. Wüest: Wir haben auch vom Landwirtschaftsgesetz den Auftrag, die „Dezentrale Besiedlung“ sicherzustellen. Daher muss auch etwas gemacht werden. Das WAP (Wald Programm Schweiz) ist ein guter Ansatz, er lässt einen grösseren Spielraum, in diesem Rahmen könnte es funktionieren.

A. Roschewitz: Bittet Herrn Ryser die Highlights für die Schlussdiskussion zu definieren.

D. Ryser: Die verschiedenen Realitäten/Situationen sollte man berücksichtigen. Die Gesetze sind aber einheitlich, daher ist die Flexibilität gering. Daher kommt das Bedürfnis der Akteure, die Einfluss auf das Land haben, Freiheit in Bezug auf die Landgestaltung zu haben. Man verlangt mehr Innovation und Initiative, somit braucht es auf der anderen Seite mehr gesetzliche Flexibilität. Angesprochen sind dabei das Waldgesetz oder das Raumplanungsgesetz. Es bestehen Ängste, dass bei einer Flexibilisierung der Wald gefährdet würde. Die Frage ist für mich:

- Reichen die heutigen Instrumente, um die gewünschte Flexibilität zu erreichen? Sind sie nicht bereits heute genügend flexibel?  
Es sind nicht alle dieser Meinung. Was sollte also verändert werden? Es gibt hier eine Spaltung zwischen Praxis und Politik.
- Was würde bei einer Gesetzesänderung passieren?
- Neue Regionalpolitik: Vernehmlassung ist im Gange (der Gesetzesentwurf ist nicht an der Nachhaltigkeit orientiert, sondern an der Wirtschaftlichkeit der Regionen). Ziel dabei ist nicht die Nachhaltigkeit, sondern möglichst viel Wertschöpfung. Die Nachhaltigkeit ist dabei nur ein schönes Detail. Wer garantiert die Nachhaltigkeit und wie?
- Was wollen wir für eine Landschaft?

Regionen haben 30 Jahre Zeit, eine Vernetzung zu fördern. Ideal wäre regionales Landschaftskonzept, welches alle Akteure einbezieht. Dazu ist Bildungsarbeit der Akteure nötig und eine Reorganisation auf Kantonsebenen (horizontale Koordination der Verwaltung); falls dies fehlt, ist es nicht möglich, auf regionaler Ebene zu wirken. Reformen sind ziemlich gross, um eine regionale Politik zu ermöglichen.

A. Roschewitz: Die Highlights wären also

- Regionale Besonderheiten berücksichtigen
- Es braucht mehr Flexibilität

Wie viel Wald wollen wir? Um diese Frage zu beantworten, braucht es differenzierte Betrachtung. So scheint es, als ob der gesetzliche Rahmen zu wenig Feinsteuerung zulässt.

J. Wüest: Ich meine, ein Konsens wäre „es gibt genügend Wald“.

M. Bolliger: Ich meine eher, wir haben nicht zu wenig Wald. Genug ist etwas zu ultimativ.

B. Schmid: Das stimmt aber schon. Wir haben genug Wald.

M. Bolliger: Funktionell stimmt das schon.

- C. Semadeni: Da muss ins Podium und sollte also etwas provokativer sein.
- D. Ryser: Nur über Instrumente/Methoden kann man Frage klären, ob wir genügend Wald haben. Alle müssen in Diskussion miteinbezogen werden. Wir sind stark von unterbewussten Bildern geprägt. Die Leute sind gedanklich noch 20 Jahre zurück.
- B. Rööfli: Konsens: genug Wald. Wie soll weitere Entwicklung gesteuert werden?
- C. Semadeni: Durch regionale Differenzierung

#### Diskussion zum 2. Highlight

- A. Roschewitz: Mehr Handlungsfreiheit würde vermutlich positive Auswirkungen auf regionaler und lokaler Ebene haben.
- M. Bolliger: Die Möglichkeiten des alten Gesetzes sind noch nicht ausgeschöpft (20 Jahre).
- B. Schmid: Ich denke, es herrscht ein Konsens darüber, dass es Veränderungen gibt und dass wir diese auch akzeptieren.
- D. Ryser: Akteure wollen bestimmen. Doch wie kann man alle miteinbeziehen, so dass ein Konsens möglich ist? Dies ist eine Frage des Willens und der Richtung, die alle Bedürfnisse berücksichtigt; und keine Frage des Geldes.
- B. Schmid: Die Neue Regionalpolitik geht in diese Richtung mittels des Wettbewerbes.
- C. Semadeni: Die Akteure bekommen Geld.
- D. Ryser: Es fehlt an Koordination.
- B. Schmid: Die Region legt Ziele fest und erschliesst Projekte. Man muss innere Strukturen schaffen, damit eine Koordination zustande kommt.
- D. Ryser: Es ist nicht klar, wie diese Koordination zustande kommt.

Birmensdorf, 19. Juli 2004

Protokoll: Phillip Meier, Tiana Moser